

Hessen prüft Hahn-Engagement

Streit um Flughafen-Financen

Hessen stellt ein langfristiges Engagement am Flughafen Hahn in Frage. Nach Angaben des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer (CDU) rede das Land mit Rheinland-Pfalz darüber, ob es für das Land Hessen eine dauerhafte Perspektive in der Flughafengesellschaft geben müsse.

© dpa/Fredrik von Erlachsen



Gangway des Flughafens Hahn



Hessen prüft sein langfristiges Engagement am Hunsrück-Flughafen Hahn. Es werde mit Rheinland-Pfalz besprochen, ob es für Hessen "eine dauerhafte Perspektive in der Flughafengesellschaft geben muss", sagte der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) in einem [Interview mit der Mainzer "Allgemeinen Zeitung"](#).

Auch auf Nachfrage ließ Schäfer ausdrücklich offen, ob sich das Land Hessen an dem in Rheinland-Pfalz liegenden Flughafen längerfristig beteiligen werde. Beim Engagement am Hahn sei es 2009 um das Nachtflugverbot in Frankfurt gegangen. Rheinland-Pfalz hält 82,5 Prozent an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, das Land Hessen ist mit 17,5 Prozent beteiligt.

Schäfer verteidigte zudem das von Hessen entsandte Aufsichtsratsmitglied Jochen Riebel. Der ehemalige hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten hatte vor etlichen Wochen einen Zuschuss von zehn Millionen Euro von Rheinland-Pfalz gefordert, da der [Flughafen sonst bis März 2013 pleitegehe](#).

Die Opposition hatte Riebel vorgeworfen, durch die Äußerung Investoren verschreckt und 3.000 Arbeitsplätze rund um den Airport gefährdet zu haben. Nach wie vor gebe es keine Investoren. Gleichzeitig gefährden die Grünen nach Ansicht der CDU das Frachtgeschäft auf dem Hahn mit ihrer Forderung eines Nachtflugverbots.

Derzeit [diskutieren die Anteilseigner über eine Neuordnung der Finanzlage](#) des Flughafens. Geplant ist die Trennung von Flugbetrieb und Infrastruktur wie Flächen, Straßen und Gebäuden der ehemaligen US-Airbase. Diese könnte Rheinland-Pfalz [mit der landeseigenen Entwicklungsgesellschaft Hahn übernehmen](#) und so dem Flughafen finanziell unter die Arme greifen. Hessen ist laut Gesellschaftervertrag von der Übernahme von Verlusten freigestellt.